



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Hagen  
Rathausstr. 11  
Trakt B, Raum 201  
58095 Hagen

Tel.: 02331-2072380  
Fax: 02331-2072091  
Mail: [kontakt@fdp-fraktion-hagen.de](mailto:kontakt@fdp-fraktion-hagen.de)  
Web: [www.fdp-fraktion-hagen.de](http://www.fdp-fraktion-hagen.de)

**FDP-Fraktion Hagen • Rathausstr. 11 • 58095 Hagen**

An den  
Oberbürgermeister der Stadt Hagen  
Dennis Rehbein  
Im Haus

Hagen, 13.04.2026

**Betreff: „Maßnahmen gegen die Wildschweinplage“ – HFA, 23.04.2026**

Sehr geehrter Herr Rehbein,

hiermit stellen wir folgenden Antrag zur Tagesordnung der Sitzung des HFA am 23.04.2026 gem. §6 GO:

Antrag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, spätestens bis zur Sommerpause ein verbindliches und umsetzungsreifes Maßnahmenkonzept zur nachhaltigen Reduzierung der Wildschweinpopulation und zur Eindämmung der Auswirkungen der Wildschweinplage im Stadtgebiet vorzulegen.
2. Das Konzept soll dabei insbesondere die folgenden Punkte berücksichtigen:
  - a) Die Erstellung einer Populationsanalyse unter Berücksichtigung der Jahresstreckenlisten und aller weiteren Datenquellen mit entsprechender Gefahrenanalyse als Grundlage für eine effektive Bekämpfung des Problems.
  - b) Eine deutliche Erhöhung des Jagddrucks in Abstimmung mit der Jägerschaft, einschließlich revierübergreifender und koordinierter Schwerpunktbejagungen, Drückjagden oder das Umsiedeln bzw. die Entnahme einzelner Rotten.
  - c) Präventive Maßnahmen im Siedlungsbereich, z. B. durch die Sicherung von öffentlichen Müllbehältnissen, ein stärkeres Vorgehen gegen das Füttern von Wildtieren und das regelwidrige Ausbringen von biologischen Abfällen sowie den Einsatz von Zäunen und anderen Maßnahmen zur aktiven Vergrämung der Tiere;

- d) Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerinformation, z. B. in Form einer Aufklärungskampagne zum richtigen Verhalten bei Wildschweinbegegnungen und einer transparenten Kommunikation über aktuelle Maßnahmen und Entwicklungen.
3. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, die Unterstützung des Landesjagdverbandes und der dortigen Kapazitäten im Bereich Wildbiologie anzufragen und ggf. ein gemeinsames Pilotprojekt zu initiieren.
  4. Das Konzept wird der Politik vorgelegt und ein halbjährliches Berichtswesen bzgl. der Umsetzung der Maßnahmen etabliert.
  5. Die Verwaltung soll zusätzlich prüfen, ob mittelfristig mit Blick auf den hohen städtischen Anteil an Waldflächen die Einstellung eines Berufsjägers ein sinnvolles Mittel ist, um eine effektive Populationskontrolle sicherzustellen.

### Begründung

Die genannte Problemsituation im Stadtgebiet von Hagen hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verschärft. Wildschweine dringen regelmäßig in Wohngebiete vor und stellen eine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar. Unabhängig davon wird auch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in besonders betroffenen Stadtteilen, wie z. B. Hefle, durch den regelmäßigen „unerwünschten Besuch“ deutlich beeinträchtigt.

Es handelt sich längst nicht mehr um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles und anhaltendes Problem, das zu erheblichen Sachschäden führt, Bürgerinnen und Bürger stark verunsichert und teilweise konkret gefährdet.

Besonders kritisch ist, dass trotz der erkennbaren Entwicklung aus Sicht der FDP-Fraktion keine ausreichenden, wirksamen Gegenmaßnahmen durch die Verwaltung ergriffen wurden. Wir halten es daher für zwingend notwendig, dass schnellstmöglich entsprechende Maßnahmen konsequent geplant und umgesetzt werden. Aussagen wie „die Bürgerinnen und Bürger müssten sich mit der Situation arrangieren und lernen, damit zu leben“ sind in diesem Kontext wenig hilfreich und den Anwohnerinnen und Anwohnern in den Problembereichen nicht weiter zumutbar.

Die Verwaltung steht hier nicht nur in der Pflicht, Gefahren für die öffentliche Sicherheit aktiv abzuwehren – es ist auch ihre Aufgabe, die Lebensqualität in den betroffenen Quartieren zu sichern und wiederherzustellen.

Andere Städte zeigen, dass nur durch ein konsequent gesteuertes, ressortübergreifendes Vorgehen eine spürbare Entlastung erreicht werden kann. Der vorliegende Antrag verfolgt daher das Ziel, dass zeitnah ein überprüfbares und nachhaltiges Handeln aller beteiligten Akteure etabliert wird. Angesichts der aktuellen Lage ist ein weiteres Zuwarten nicht vertretbar.

Wir bitten um Unterstützung für diesen Antrag.

Mit freundlichen Grüßen,

Katja Graf  
**Fraktionsvorsitzende**

f.d.R. Daniel George  
**Geschäftsführer**